

Holocaust-Mahnmal

Peinliche Panne mit Todesdaten

Die Stadt Wiesbaden erinnert mit einem Mahnmal auf dem Michelsberg an die jüdischen Opfer der Nazi-Diktatur. Doch jetzt stellt sich heraus: Viele Daten stimmen nicht.



Im Januar wurde die Gedenkstätte an der Coulinstraße eingeweiht.
Foto: Rolf Oeser(2)

Jüdische Bürger, 371 an der Zahl, schickte die Gestapo im Juni 1942 vom Schlachthof Wiesbaden aus über Frankfurt im Zug Richtung Osten in den Tod. Bei einem Zwischenstopp in Lublin prügeln die Nazis die Männer zwischen 15 und 55 Jahren aus den Waggonen, die sie ins Konzentrationslager Majdanek abtransportierten. Für ältere Männer, Kinder, Mädchen und Frauen ging die Fahrt weiter ins Vernichtungslager Sobibor. „Dort wurden sie zwei Stunden nach ihrer Ankunft ermordet.“

Das sagt Monica Kingreen vom Fritz-Bauer-Institut, dem Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust mit Sitz in Frankfurt. Kingreen ist eine Expertin, wenn es um Nazi-Deportationen aus Hessen geht. Seit Jahren sammelt sie Daten und forscht nach den Spuren der Verschleppten und Ermordeten – auch aus Wiesbaden.

„Das ist nicht einfach“, sagt sie. Und nicht immer lasse sich das genaue Todesdatum klären. Im Fall der in Sobibor ermordeten, aus Wiesbaden verschleppten Juden stünde allerdings fest: „Sie starben 1942.“ Nicht 1945, wie es auf dem erst im Januar eingeweihten Holocaust-Mahnmal am Michelsberg hinter den Opfernamen eingepreßt ist.

„Der Mordbetrieb in Sobibor wurde nach einem Aufstand der Häftlinge im Oktober 1943 eingestellt“, sagt Kingreen. Der Stadt sei da ein offensichtliches „Missgeschick“ passiert. Ihre schon vor Jahren angebotene Hilfe sei nicht genutzt worden: „Doch ein namentliches Gedenken sollte historisch korrekt sein“, findet sie.

Das sieht auch die Wiesbadener Paul-Lazarus-Stiftung so – ein Ableger des Aktiven Museums Spiegelgasse. Deren Geschäftsführer, Gerhard-Wilhelm Schmitt-Ring (85), hat die Datenschlamperei als Privatmann bei Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) moniert. Er selbst ist betroffen. Verwandte von ihm wurden in Sobibor ermordet. Insgesamt seien rund

300 Steine falsch beschriftet, vermutet er. Karlheinz Schneider, Treuhänder der Stiftung, fordert nun zusammen mit dem Aktiven Museum, dass alle Steine mit falschen Daten ausgetauscht werden. Warum das wichtig sei, erklärt er mit einem Beispiel: Am 12. Juni 1942 sei der kleine Paul Frank mit seinen Eltern nach Sobibor deportiert worden. „Als historisch gesichert gilt heute, dass diese Familie wenige Tage später im Gas ermordet wurde.“ Paul Frank, geboren am 23. Mai 1941, sei damals gerade mal zwölf Monate alt gewesen. Für Besucher des Mahnmals sei Paul aber vier Jahre alt geworden, da 1941 bis 1945 auf dem Namensband zu lesen sei.

Schneider moniert, dass die Stadt der Stiftung beziehungsweise dem Museum vor dem Bau des Mahnmals nicht die abschließende Namensliste vorgelegt habe. Die Stiftung, die Nachlässe auswertet, habe basierend auf eigenen Forschungen die Daten mittlerweile überarbeitet und auf ihrer Website veröffentlicht (www.paul-lazarus-stiftung.de).

Die Frankfurter Expertin Kingreen warnt derweil davor, Schuldige für das „Missgeschick“ zu suchen. Das Wiesbadener Mahnmal sei nicht das einzige, das fehlerhafte Daten aufweise. Auch in Frankfurt und anderswo müsse hin und wieder nachgearbeitet werden. „Das ist ein Prozess“, sagt sie. Nach Austausch der falsch beschrifteten Steine sei zudem noch längst nicht sicher, dass dann alles stimme.

Sie rät: Das Touchscreen am Mahnmal, das Besuchern interaktiv Zusatzinformationen gibt, solle in einem ersten Schritt um die korrigierten Daten ergänzt werden. Der Austausch der Steine könne dann ohne Zeitdruck folgen. Auch Karlheinz Schneider von der Lazarus-Stiftung hält das für einen möglichen Weg.

Die jüdische Gemeinde hat im Übrigen gelassen auf die Datenpanne reagiert: Vorstandsmitglied Jakob Gutmark, der zurzeit in Israel weilt, sagte dem Wiesbadener Kurier, dass er einen Austausch nicht für nötig hält. Eine Überlebende des Holocaust, die in Wiesbaden wohne, habe die Kritik der Stiftung gar als „Akririe, die an frühere Buchhaltung erinnert“ bezeichnet. Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel (CDU) will nach den Ferien Gespräche führen, „um den Konflikt zu lösen“. Das gebiete der Respekt vor den Ermordeten.